

# **Vereint in der Vielfalt: Die Landessprachen verteidigen, um den sozialen Zusammenhalt zu bewahren**

*Verabschiedet an der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 06.09.2014 in  
Sursee*

## **Einleitung**

Die Schweiz ist mit vier offiziellen Landessprachen ein Beispiel für sprachliche Vielfalt. Durch die verschiedenen Muttersprachen in den unterschiedlichen Landesteilen entstehen allerdings Kommunikationsprobleme. Es ist eine Aufgabe der Politik zu helfen, diese zu überwinden und das Verständnis zwischen den Menschen mit verschiedener Muttersprache zu ermöglichen und zu fördern.

Leider werden im Zuge der Sparpolitik immer wieder auch beim Sprachunterricht Streichungen vorgenommen. Dies gefährdet das Verständnis und damit auch die Solidarität. Es ist eine Aufgabe der Linken, hier entschieden Gegensteuer zu geben.

## **Primat der Landessprachen gegenüber dem Englischen!**

In den letzten Jahrhunderten gab es immer wieder dominante Sprachen – sei es Latein, Französisch oder neuerdings Englisch. Diese weit verbreiteten Sprachen vereinfachen die Kommunikation erheblich.

Neuerdings besteht allerdings die Gefahr, dass Englisch im Sprachunterricht die anderen Sprachen verdrängt. Oft läuft auch die Verständigung zwischen Romands und Deutschschweizer\_innen auf Englisch ab. Zwar ist so zumindest die grundsätzliche Möglichkeit eines Austausches vorhanden, allerdings muss immer wieder betont werden dass das Erlernen einer Fremdsprache auch immer mit dem Kennenlernen einer anderen Kultur einhergeht. Es ist deshalb wichtig, die anderen Fremdsprachen weiterhin zu lernen und zu fördern.

Die JUSO hält die aktuelle Debatte, ab welchem Jahr in der Deutschschweiz Französisch unterrichtet werden soll, für verfehlt. Die Frage muss nicht lauten ab wann, sondern wie sichergestellt wird, dass jede\_r Deutschschweizer\_in nach absolvieren der obligatorischen Schulzeit eine weitere Landessprache aktiv benutzen kann. Mittel hierzu können die Erhöhung der Stundenzahl, Fortbildungen für Lehrkräfte und vor allem Sprachaufenthalte sein.

Auf Gymnasialstufe soll das Ziel sein, dass man mit einer Matur und überschaubarem Zusatzaufwand auch wirklich die Möglichkeit hat, in einem anderssprachigen Landesteil zu studieren und nicht nur das Recht dazu.

## **Schweizerdeutschunterricht: nur für die andern!**

Die Dialekte werden in der Schweiz sehr oft gebraucht. Ein grosser Teil der Bevölkerung, vor allem in der deutschsprachigen Schweiz, verwendet im Alltag einen Dialekt. Aus diesem Grund findet sich heute ein\_e Romand\_e oder ein\_e Tessiner\_in, welche\_r Deutsch gut beherrscht, in der Deutschschweiz von den Gesprächen ausgeschlossen, da er oder sie kein Schweizerdeutsch versteht. Infolgedessen müssen die Deutschschweizer\_innen Schriftdeutsch sprechen, um verstanden zu werden und können sich nicht in ihrer Muttersprache ausdrücken, was die Spontanität zwischen den Gesprächspartner\_innen begrenzt. Dieses Kommunikationsproblem gibt es weniger, wenn ein\_e Deutschschweizer\_in in die Romandie oder ins Tessin geht, da sich die französischen Dialekte heute auf ein paar unterschiedliche Sätze und Akzente beschränken, während die Tessiner Dialekte in erster Linie in einem familiären Umfeld verwendet werden.

Aus diesem Grund ist es nützlich, wenn die Romands und Tessiner\_innen Kenntnisse vom Schweizerdeutsch haben. Es soll deshalb für Interessierte Schüler\_innen möglich sein, sich zumindest Grundlagen des Schweizerdeutschen anzueignen. Ein fakultativer Unterricht in der Sekundarstufe muss dazu ermöglicht werden. Durch eine gleichzeitige Stärkung des Deutschunterrichtes kann das Verständnis zwischen lateinisch- und deutschsprachigen Menschen vereinfachen.

Diese Sensibilisierung der Romands und der Tessiner\_innen auf die Schweizerdeutschen Dialekte würde die Bevölkerung einander näher bringen. Allerdings darf die Verwendung der Dialekte kein Hindernis dabei sein, eine andere Landessprache zu erlernen, oder gar Ausschluss und Isolation für Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule bedeuten, die Deutsch schlecht beherrschen. Die Verwendung des Schweizerdeutsches, vor allem in Kindergärten, muss ein Instrument sein um ein besseres Verständnis im Alltag zu ermöglichen und denen das Leben zu erleichtern, die den Dialekt als Hindernis empfinden – es darf kein Instrument der Ausgrenzung werden, wie es die konservativen Parteien fordern.

Stattdessen soll der ethnographische Wert der verschiedenen Schweizer Dialekte hervorgehoben werden. Der Bund soll gemeinsam mit den betroffenen Kantonen Projekte für die Katalogisierung, die Erhaltung und die Vitalität der Dialekte finanzieren.

### **Die Opferung des Italienischen stoppen!**

Oft mit dem Tessin und den vier italienischsprachigen Tälern des Graubündens assoziiert, ist das Italienisch eine weit in der ganzen Schweiz verbreitete Sprache. Die Tessiner\_innen und dann die italienische Emigration hat die Präsenz der italienischen Sprache nördlich der Alpen verstärkt. Italienisch ist die Muttersprache von 8.5% in der Schweiz wohnhaften Personen und sie wird nicht nur in der „Sonnenstube“ verwendet. Damit die Tessiner\_innen Bevölkerung nicht das Gefühl hat, ein Anhängsel der Schweiz, sondern echte, vollwertige Schweizer Bürger\_innen zu sein, müssen Sparübungen auf Kosten des Italienischunterrichtes gestoppt werden. In Basel-Stadt können die Gymnasiast\_innen nicht freiwillig Italienisch anstatt Französisch als zweite Sprache wählen, der Kanton Obwalden hat mittlerweile vor kurzem Italienisch als Schwerpunktfach im Gymnasium gestrichen, während sich in St. Gallen die SVP – die gleiche Partei, welche von sich sagt, sie verteidige die schweizerischen Werte – für die Abschaffung des Italienischen als Schwerpunktfach eingesetzt hat.

Diese ökonomischen Entscheide ohne langfristige globale Vision untergraben das soziale Gefüge unseres Landes und müssen gestoppt werden.

Wir fordern auch, dass die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) nicht auf dem Rücken der italienischen Tochtergesellschaft Budgetkürzungen vornimmt. Die Landessprachen sind gleichwertig und haben das Recht auf Gleichbehandlung. Die Qualität der Programme und Informationen auf Italienisch dürfen nicht aufgrund von Budgetkürzungen oder zugunsten von Informationen in anderen Sprachen geopfert werden.

Ähnlich wie betreffend der Westschweiz ist auch für die italienischsprachige Schweiz die Möglichkeit von Sprachaufenthalten zu fördern. Dadurch sowie durch die obengenannten Massnahmen lässt sich das momentan in der Deutschschweiz komplett fehlende Bewusstsein für die Existenz der italienischsprachigen Minderheit fördern.

### **Für ein lebendiges Rätoromanisch!**

Das Rätoromanisch als vierte und kleinste Sprachgemeinschaft bedarf besonderen Schutz und Unterstützung. Die JUSO Schweiz ist sich bewusst, dass dies für den Bund, aber auch für den betroffenen Kanton Graubünden im alltäglichen Leben und in der Verwaltung nicht immer einfach zu meistern ist. Dennoch anerkennt die JUSO die Wichtigkeit der vierten Landesprache und der Selbstbestimmung der rätoromanischen Sprachgemeinschaft.

Rätoromanische Kinder wachsen mindestens bilingual auf – dies ist kein Hindernis, sondern eine Chance der kulturellen Vielfalt. Im Berufsleben und in der Welt ist es für Schülerinnen und Schüler von Nutzen, bereits früh eine Fremdsprache erlernt zu haben. Dies ist insbesondere für rätoromanischsprachige Kinder notwendig. Daher muss das Erlernen der deutschen Sprache als Verständigungssprache für ausserhalb des rätoromanischen Sprachgebietes einen Schwerpunkt in der schulischen Ausbildung sein. So soll nicht nur frühzeitiger Deutschunterricht stattfinden, sondern ab der dritten Klasse ebenfalls Immersionsunterricht (Unterricht von z.B. Mathematik in einer Fremdsprache). Dies ist gerade in Anbetracht dessen wichtig, dass Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im rätoromanischen Sprachgebiet begrenzt sind.

Um eine einheitliche, qualitativ hochstehende Ausbildung zu garantieren, unterstützen wir die Einführung von Rumantsch Grischun als Schriftsprache in allen rätoromanischen Gemeinden und Schulen. Wir wollen mit dieser Forderung nicht die rätoromanische Vielfalt zerstören; die sprachliche Vielfalt soll im alltäglichen Gebrauch weiterleben. Die JUSO Schweiz erachtet es jedoch als notwendig, in allen Schulen dieselbe Schriftsprache zu verwenden und zu lehren, damit eine Sprachengemeinschaft gefördert wird, die nicht durch Idiome getrennt wird.

Um auch in Zukunft die kulturelle Vielfalt zu garantieren, wird der Bund und der Kanton Graubünden dazu aufgefordert, auch weiterhin Initiativen der Sprachgemeinschaft im kulturellen Bereich zu unterstützen. Besonders junge Organisationen und Personen sollen im Fokus sein, da von der jungen Generation die Beständigkeit der Sprachgemeinschaften, insbesondere der rätoromanischen Sprache, abhängt. Neben der direkten kulturellen und schulischen Förderung des Rätoromanischen soll sich der Bund dafür einsetzen, dass die rätoromanische Sprache auch in der Wissenschaft weiterlebt, indem er mindestens eine ordentliche Professur an einer Schweizer Universität garantiert, welche sich mit der Sprache und Literatur des Rätoromanischen auseinandersetzt.

## **Sprachliche Vielfalt in der Bundesverwaltung**

Ein einfacher Blick auf die Zahlen erlaubt festzustellen: Die lateinische Schweiz ist in der Bundesverwaltung stark untervertreten. Wir Schweizer\_innen, die ständig unsere Mehrsprachigkeit, unsere kulturelle Vielfalt und unseren exemplarischen Föderalismus rühmen, schaffen es nicht, eine Gleichberechtigung bei der Beschäftigung in unserer Bundesverwaltung und insbesondere im Kader derselben zu gewährleisten. Wenn dies für die betroffenen Minderheiten schädlich ist, da sie damit von vielen Entscheidungsprozessen auf nationaler Ebene ausgeschlossen sind, dann sind die Auswirkungen für die gesamte Bevölkerung negativ: Ohne Gleichberechtigung ist eine echte Demokratie undenkbar. Es ist deshalb notwendig, dieses Problem zu beseitigen.

Wir können uns fragen, was die Gründe für diese Ungleichbehandlung sind. Sind die lateinsprachigen Schweizer\_innen nicht in der Lage, eine gute Arbeit zu liefern? Sind sie systematisch weniger gut qualifiziert für die zu besetzenden Stellen als die Deutschschweizer\_innen? Wir wagen es nicht, das zu denken. Der wahre Grund für dieses Ungleichgewicht ist der folgende: In Wahrheit ist die Mehrheit der Bundespolitik in Deutsch gedacht. Das ist der Teufelskreis, in welchem unser Land gebunden ist: Die Hegemonie der deutschen Sprache auf Bundesebene befördert Deutschschweizer\_innen in Schlüsselpositionen, welche selber wiederum das sprachliche Ungleichgewicht verstärken, indem sie deutschschweizer Mitarbeiter\_innen einstellen. Zudem muss bemerkt werden, dass gewisse Bundesrät\_innen bei diesem Thema mangelnde Bereitschaft demonstrieren; dies belegt zum Beispiel die Situation im VBS.

Daher fordert die JUSO Schweiz ein reales Engagement des Bundes um die Mindestquoten für Lateinsprachige in der Bundesverwaltung, insbesondere im Kader, zu respektieren. Abteilungen, die diese Mindestquoten nicht erreichen, müssen das Prinzip der positiven Diskriminierung anwenden, bis sie die Quote erreichen. Wir fordern ausserdem, dass der Bundesrat jedes Jahr eine Zusammenfassung der Vertretung der Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung publiziert.

Wir fordern ebenfalls, dass die zur Verfügung gestellten Mittel und die Kompetenzen der/des Delegierte\_n für Mehrsprachigkeit aufgestockt werden müssen. Der/die Delegierte für Mehrsprachigkeit muss im Auswahlprozess von Führungskräften in der Bundesverwaltung mehr Gewicht erhalten und muss bei Kantonen intervenieren können, die Entscheidungen fällen, welche der Mehrsprachigkeit der Schweiz schaden.

Eine logische Konsequenz ist die Frage nach der Repräsentation der lateinischen Schweiz im Bundesrat. Sollte sie aufgrund von krasser Unterrepräsentation zur Debatte werden, ist es legitim dass Fördermassnahmen für lateinische Schweizer\_innen und strengere Kriterien für Deutschschweizer\_innen (Nachweis einer fließenden Mehrsprachigkeit, bessere Qualifikationen) bei der Wahl des Bundesrates eingesetzt werden. Die aktuelle Situation ist auf diesem Niveau jedoch befriedigend und die Wichtigkeit dieses Aspekts bei der Wahl des Bundesrats wurde bisher garantiert und geachtet.